



**VEREINBARUNG ÜBER DIE OFFENLEGUNG VON DATEN**  
zwischen  
**Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft (Unternehmensnummer**  
**0332.582.613)**  
und  
**der Zentralen Fahrzeugdatenbank**

## 1. RAHMEN UND GEGENSTAND DER VEREINBARUNG

Die Identifizierung der Inhaber von Fahrzeugzulassungen

Die vorliegende Vereinbarung bestimmt die Regeln für die Offenlegung von Daten aus der Datei der DIV an das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft auf Grundlage der Genehmigung Nr. 20/027 des Sektoriellen Ausschusses für die Föderalbehörde (SAF), bewilligt am (01/09/2020) durch die Kammer Föderalbehörde des Informationssicherheitsausschusses (CS//VC).

## 2. DIE VERANTWORTLICHEN

Im Sinne der Verordnung (EU) 2016/679 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (abgekürzt: DSGVO), sind die Verantwortlichen:

- a) die Generaldirektion Straßenverkehr und Verkehrssicherheit (nachfolgend bezeichnet als „*DGTRSR*“) des Föderalen Öffentlichen Dienstes Mobilität und Transportwesen (Unternehmensnummer: 0308357852) mit Sitz in: City Atrium, Rue du Progrès 56, 1210 Brüssel (Saint-Josse-ten-Noode) und vertreten durch Frau Martine INDOT, Generaldirektorin für Straßenverkehr und Verkehrssicherheit.

Die *DGTRSR* handelt als Verantwortliche, insbesondere als öffentliche Behörde, die Daten aus ihrem Fahrzeugverzeichnis sammelt und offenlegt.

- b) das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft (nachfolgend bezeichnet als „*MDG*“ (Unternehmensnummer 0332.582.613), öffentliche Behörde mit Sitz in: Gospertstraße 1, 4700 Eupen und vertreten durch Herrn Ralph BREUER, stellvertretender Generalsekretär, handelnd im Namen vom MDG.  
Das *MDG* handelt als Verantwortliche(r), insbesondere als öffentliche Behörde, die Daten der *DGTRSR* empfängt und verarbeitet im Sinne der vorliegenden Vereinbarung.

Die *DGTRSR* und das *MDG* handeln folglich als Verantwortliche, als Einrichtungen, die über die Zwecke und die Mittel der Verarbeitung personenbezogener Daten entscheiden (Artikel 4 Nr. 7 der DSGVO).

### **3. DATENLIEFERANT UND -EMPFÄNGER**

Der Datenlieferant ist die *DGTRSR*, wie festgelegt unter Punkt 2 Buchstabe a) oben und der Datenempfänger ist das *MDG*, wie festgelegt unter Punkt 2 Buchstabe b) oben und nachfolgend in seiner Eigenschaft als „Empfänger“ bezeichnet.

### **4. DURCH DEN SEKTORIELLEN AUSSCHUSS FÜR DIE FÖDERALBEHÖRDE (SAF) UNTERSTÜTZTE(R) ZWECK(E)**

Unter Vorbehalt der eventuell in der Genehmigung des Sektoriellen Ausschusses für die Föderalbehörde (SAF) genannten Bedingungen, darf der Empfänger die Daten der *DGTRSR* ausschließlich für die unten stehenden durch den SAF genehmigten Zwecke verwenden:

Mittels der Übermittlung an den Informationssicherheitsausschuss (*CS/IVC*) einer unterzeichneten Verpflichtungserklärung, in der er sich verpflichtet, die in der Beschlussfassung Nr. 20/027 vom 1. September 2020 unter Punkt 1 der vorliegenden Vereinbarung beschriebenen Bedingungen einzuhalten, erhält der Empfänger die Identifikationsdaten der Inhaber von Fahrzeugzulassungen, die zur Zahlung einer Gebühr, Steuer oder Parkgebühr verpflichtet sind.

Jeglicher andere Zweck, der keine ausdrückliche Genehmigung des Informationssicherheitsausschusses erhalten hat, ist förmlich untersagt.

Jeglicher andere Zweck, der keine ausdrückliche Genehmigung des Sektoriellen Ausschusses für die Föderalbehörde erhalten hat, ist förmlich untersagt.

### **5. OFFENGELEGTE DATEN UND AUSFÜHRUNGSMODALITÄTEN**

Siehe in Anlage die Genehmigung Nr. 20/027 vom 01.09.2020 des SAF. Die Daten werden über einen Webdienst mitgeteilt.

### **6. EINSATZ VON SUBUNTERNEHMERN**

- a) Wird die Verarbeitung einem Subunternehmer anvertraut, beispielsweise einem ICT-Dienstleister, muss der Verantwortliche oder, gegebenenfalls, sein Vertreter in Belgien:
1. einen Subunternehmer wählen, der ausreichende Garantien für die technischen und organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen hinsichtlich der Verarbeitung bietet;
  2. für die Einhaltung dieser Maßnahmen sorgen, insbesondere durch die Festlegung von Vertragsbedingungen;
  3. im Vertrag die Verantwortung des Subunternehmers gegenüber dem Verantwortlichen festlegen;
  4. mit dem Subunternehmer festlegen, dass dieser nur nach Anweisung des Verantwortlichen handelt und er an dieselben Verpflichtungen gebunden ist, an die der Verantwortliche gemäß den Bestimmungen von Punkt c unten gebunden ist;
  5. schriftlich oder auf einem Datenträger, die in den Punkten 3 und 4 erwähnten Vertragselemente über den Datenschutz und die Anforderungen hinsichtlich

- der in den Bestimmungen des nachfolgenden Punktes c erwähnten Maßnahmen festhalten.
- b) Wenn der Empfänger einen Subunternehmer auswählt, muss also ein Subunternehmervertrag zwischen ihnen abgeschlossen und eine Kopie dieses Dokuments an den Lieferanten (die *DGTRSR*) übermittelt werden; dieser Vertrag stellt einen grundlegenden Teil der vorliegenden Vereinbarung dar. Der durch den Empfänger ausgewählte Subunternehmer muss die Bestimmungen der DSGVO in allen Punkten einhalten.
  - c) Jede Person, die unter der Aufsicht des Verantwortlichen oder des Subunternehmers handelt, aber auch der Subunternehmer selbst, die Zugang zu personenbezogenen Daten hat, darf diese nur auf Anweisung des Verantwortlichen verarbeiten, außer aufgrund einer Verpflichtung durch Gesetz oder kraft eines Gesetzes, eines Dekretes oder einer Ordonnanz.
  - d) Sollten Anweisungen seitens des Verantwortlichen fehlen und keine Verpflichtung durch Gesetz oder kraft eines Gesetzes, eines Dekretes oder einer Ordonnanz bestehen, muss der Subunternehmer die Bearbeitung von personenbezogenen Daten unterlassen und darf er diesbezüglich keinerlei Initiative ergreifen.
  - e) Jede durch den Empfänger vorgenommene wesentliche Änderung an den technischen und organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen bezüglich der Verarbeitung, wie beispielsweise, aber nicht nur darauf beschränkt, ein Wechsel des Informatikmaterials oder eines neuen Subunternehmers, muss dem Lieferanten, das heißt der *DGTRSR*, gemeldet werden.

## 7. MÖGLICHE EINSCHRÄNKUNGEN

Unter den in den Artikel 15 und 16 der DSGVO vorgesehenen Bedingungen, darf die von der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten betroffene Person von ihrem Auskunftsrecht und ihrem Recht auf Berichtigung Gebrauch machen.

Unter denselben Bedingungen darf sie ebenfalls von ihrem Recht auf Löschung Gebrauch machen oder die Verwendung dieser personenbezogenen Daten verbieten, die hinsichtlich des Verarbeitungszweckes unvollständig oder nicht sachdienlich sind oder deren Erfassung, Offenlegung oder Speicherung verboten sind oder die über den genehmigten Zeitraum hinaus aufbewahrt wurden.

In der Praxis kann die betroffene Person, mittels eines Identitätsnachweises und auf Grundlage eines von ihr datierten und unterschriebenen Antrags, beim Empfänger (dessen Adresse unter Punkt 2 Buchstabe b) der vorliegenden Vereinbarung erwähnt ist) kostenfrei die Offenlegung der sie betreffenden Daten sowie die Berichtigung von unvollständigen, unrichtigen oder nicht sachdienlichen Daten erwirken. Dieser Antrag kann auch per E-Mail eingereicht werden unter folgender Adresse: [privacy.road@mobilit.fgov.be](mailto:privacy.road@mobilit.fgov.be).

In dieser Eigenschaft muss der Empfänger der betroffenen Person mindestens die folgenden Informationen mitteilen, außer, wenn diese bereits darüber informiert ist:

- a) die vollständigen Kontaktinformationen des Verwaltungssitzes des Empfängers und, gegebenenfalls, den Namen und die Adresse seines Vertreters;
- b) den Verarbeitungszweck;
- c) das Vorhandensein, auf Anfrage, eines kostenfreien Widerspruchsrechts gegen die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten zum Zwecke der Direktwerbung. In diesem Fall muss die betroffene Person informiert werden, bevor die personenbezogenen Daten erstmalig mit Dritten geteilt oder im Namen von Dritten für Zwecke der Direktwerbung verwendet werden;

- d) sonstige zusätzliche Informationen, insbesondere:
- die betroffenen Datenkategorien;
  - die Empfänger oder die Kategorien von Empfängern;
  - das Vorhandensein eines Auskunftsrechts und eines Rechts auf Berichtigung ihrer personenbezogenen Daten;

es sei denn, dass diese zusätzlichen Informationen, unter Berücksichtigung der spezifischen Bedingungen, unter denen die Daten verarbeitet werden, nicht notwendig sind, um der betroffenen Person gegenüber eine faire Verarbeitung der Daten zu gewährleisten;

e) das Vorhandensein der vorliegenden Vereinbarung.

Das öffentliche Register der Verarbeitungen personenbezogener Daten kann beim Informationssicherheitsausschuss (Kammer der Föderalbehörde), Boulevard Simon Bolivar 30, in 1000 Brüssel eingesehen werden.

## 8. GESETZLICHE GRUNDLAGEN

a) Für die DGTRSR:

- Gesetz vom 16. März 1968 über die Straßenverkehrspolizei;
- Artikel 6 des Königlichen Erlasses vom 20. Juli 2001 über die Zulassung von Fahrzeugen sowie das durch diesen Königlichen Erlass erstellte Fahrzeugverzeichnis;
- Gesetz vom 19. Mai 2010 zur Schaffung der Zentralen Fahrzeugdatenbank;
- Königlicher Erlass vom 8. Juli 2013 zur Ausführung des Gesetzes vom 19. Mai 2010 zur Schaffung der Zentralen Fahrzeugdatenbank.

a) Für den Empfänger:

- Dekret vom 5. Februar 1998 über die Überwachung und Kontrolle bezüglich der Beachtung der Gesetzgebungen im Bereich der Beschäftigungspolitik, insbes. Art. 1, 4, 6 und 7
- Erlass der Regierung vom 28. September 2017 zur Bestellung von Sozialinspektoren, die mit der Überwachung und Kontrolle der Anwendung der Gesetzgebung im Bereich der Beschäftigungspolitik beauftragt sind.

## 9. VEREINBARUNGSBEDINGUNGEN

- a) Mit Unterzeichnung der vorliegenden Vereinbarung verpflichtet sich jede Partei, die in der Vereinbarung und ihren eventuellen Anlagen beschriebenen Bedingungen und Modalitäten einzuhalten, insbesondere die Speicherfrist für die von der DGTRSR erhaltenen personenbezogenen Daten, die nicht die Dauer der Verwirklichung der spezifischen Zwecke, für die sie erhoben oder später weiterverarbeitet werden, überschreiten darf.

## 10. ÄNDERUNGEN DER VEREINBARUNG

Jegliche Änderungen am Text und dem Prinzip dieser Vereinbarung müssen ein fester Bestandteil einer neuen schriftlichen Vereinbarung sein, die durch beide Parteien genehmigt und unterzeichnet wird.

## 11. ANSPRECHPARTNER

- a) Für den Empfänger: elfriede.lenz@dgov.be; datenschutz@dgov.be  
b) Für die DGTRSR: vehicledata.exchange@mobilit.fgov.be

## 12. VERWENDUNG UND SICHERUNG DER DATEN

- a) Der Empfänger ist verpflichtet, alle erforderlichen Vorsorgemaßnahmen zu

treffen, um die Sicherheit der empfangenen Daten zu gewährleisten und ist hierfür verantwortlich gemäß den Bestimmungen der vorliegenden Vereinbarung. Der Empfänger hat die Wahl, sich von einem Berater für Informationssicherheit unterstützen zu lassen, der verantwortlich für die Ausführung der Sicherheitspolitik des Empfängers ist; und dies entweder intern oder durch einen spezialisierten Dritten, der namentlich genannt wird, da diese Person normalerweise der erste Ansprechpartner bei Problemen ist. Dieser Sicherheitsberater kann auch auf sektoraler Ebene für mehrere Empfänger gewählt werden.

- b) Mit der Unterzeichnung der vorliegenden Vereinbarung hat sich der Empfänger versichert, dass die Netzwerke, mit denen die mit der Verarbeitung der personenbezogenen Daten beteiligten Geräte verbunden sind, die Vertraulichkeit und die Integrität dieser personenbezogenen Daten gewährleisten.
- c) Jegliche andere Verwendung der erhaltenen Daten, als die in der vorliegenden Vereinbarung angegebene Verwendung, ist strikt verboten und führt zur Nichtigkeitsklärung der vorliegenden Vereinbarung, gemäß ihrem Punkt 14 (Nichtigkeitsklausel – Sanktion).
- d) Die Generaldirektion Straßenverkehr und Verkehrssicherheit (*DGTRSR*), die Teil der Generaldirektion Mobilität und Verkehrssicherheit des Föderalen Öffentlichen Dienstes Mobilität und Transportwesen ist, behält sich das Recht vor, Audits und Stichproben durchzuführen, erforderlichenfalls bei den durch die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten betroffenen Personen, aber auch beim Empfänger, um zu kontrollieren, dass letzterer seinen Verpflichtungen der vorliegenden Vereinbarung nachkommt.
- e) Der Empfänger der Daten, in dieser Eigenschaft, verpflichtet sich dazu, jederzeit der *DGTRSR*, dem Informationssicherheitsausschuss und der Datenschutzbehörde (DSB) ein Auskunftsrecht einzuräumen sowie deren Vertretern, die auf allen für diese Dienste relevanten Dokumenten angegeben sind und alle ihre Fragen zu beantworten. Gegebenenfalls können diese Personen einen angekündigten oder unangekündigten Besuch oder eine Befragung vor Ort durchführen, um zu kontrollieren, ob der Empfänger oder sein eventueller Subunternehmer die Bedingungen der vorliegenden Vereinbarung einhält.
- f) Die *DGTRSR* und der Empfänger, als Verantwortliche für die Verarbeitung, und ihre eventuellen Subunternehmer treffen die nötigen technischen und organisatorischen Maßnahmen, um die personenbezogenen Daten gegen die zufällige oder unbefugte Vernichtung, den unbeabsichtigten Verlust und die unbefugte Veränderung, den unbefugten Zugang und jegliche andere unbefugte Verarbeitung von personenbezogenen Daten zu schützen. Das Sicherheitsniveau muss in einem angemessenen Verhältnis zu den technischen Standards sowie den dazugehörigen Kosten, der Art der Daten und den potenziellen Risiken stehen.
- g) Der Empfänger oder sein eventueller Subunternehmer sind zur Erstellung eines Sicherheitsplans und eines Verzeichnisses verpflichtet, das alle erhaltenen Fragen zur und Klagen über die Sicherheit von personenbezogenen Daten enthält; zudem muss jeder mögliche Zwischenfall erfasst werden. Ernste oder sich wiederholende Zwischenfälle bezüglich der Sicherheit von personenbezogenen Daten (Verletzungen) beim Empfänger oder seinem eventuellen Subunternehmer müssen dem Lieferanten, also der *DGTRSR*, mitgeteilt werden. Dieser beurteilt, ob die zuständigen Gerichtsbehörden zu informieren sind, gemäß Artikel 33 der DSGVO.

Die Notifizierung der Gerichtsbehörden durch den Datenlieferanten beschreibt die Folgen der Verletzung sowie vorgeschlagene oder zur Abhilfe durchgeführte Maßnahmen.

### **13. DAUER UND KÜNDIGUNG DER VEREINBARUNG**

- a) Die vorliegende Vereinbarung wird für eine unbefristete Dauer abgeschlossen und tritt ab dem Datum der durch beide Parteien vorgenommenen Unterzeichnung in Kraft.
- b) Die Vereinbarung kann durch eine der Parteien aufgekündigt werden, unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten soweit nicht ausdrücklich anders bestimmt unter Punkt 14 der vorliegenden Vereinbarung (Nichtigkeitsklausel – Sanktion).

### **14. Nichtigkeitsklausel – Sanktion**

Wenn gegen die Bestimmungen der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) zum Schutz personenbezogener Daten oder gegen die Bestimmungen der vorliegenden Vereinbarung augenscheinlich verstoßen wird, behält sich die *DGTRSR* als Lieferant das Recht vor, die Offenlegung von Daten an den Empfänger als Folge von gemäß den Punkten 12 Buchstabe e) und 12 Buchstabe f) der vorliegenden Vereinbarung durchgeführten Kontrollen sofort zu unterbrechen und ihn über die Gründe per Einschreibebrief oder per E-Mail mit Lesebestätigung zu informieren.

Aufgrund dieser Notifizierung wird die zwischen dem Empfänger und der *DGTRSR* abgeschlossene Vereinbarung null und nichtig.

Die Gerichte in Brüssel sind zuständig für alle sich aus der vorliegenden Vereinbarung ergebenden Streitfälle, die nicht gemäß dieser Vereinbarung gelöst werden können.

### **15. ANLAGEN:**

Anlagen können, gegebenenfalls ausführlich, die Tragweite der Zusammenarbeit beschreiben, die eventuelle Dauer der Zusammenarbeit, die einzuhaltenden Bedingungen und die durch jede Partei einzusetzenden Mittel.

*Als Anlage zur vorliegenden Vereinbarung:*

- Die Genehmigung der Kammer der Föderalbehörde des Informationssicherheitsausschusses

### **16. SCHUTZ DER PRIVATSPHÄRE**

Die Verarbeitung der so gesammelten Daten erfolgt gemäß den Bestimmungen zum Schutz der Privatsphäre und somit gemäß der Verordnung (EU) 2016/679 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr.

Der Empfänger verpflichtet sich, die von der *DGTRSR* erhaltenen Daten nur für diejenigen Zwecke und unter den in der Genehmigung des SAF beschriebenen Bedingungen zu verwenden.

### **17. TRANSPARENZ**

- a) Die Vertragsparteien der vorliegenden Vereinbarung sind damit einverstanden, dass diese Vereinbarung vollständig auf der Webseite des FÖD Mobilität und Transportwesen veröffentlicht wird, unter der Adresse: [www.mobilit.fgov.be](http://www.mobilit.fgov.be).
- b) Druckexemplare der vorliegenden Vereinbarung sind ebenfalls erhältlich auf einfache schriftliche Anfrage an die *DGTRSR* oder an den Empfänger, an der

unter Punkt 2 Buchstabe a) und 2 Buchstaben b) der vorliegenden Vereinbarung angegebenen Postadresse oder an die E-Mail-Adressen:  
„help.DIV@mobilit.fgov.be“ oder „datenschutz@dgov.be“.

#### **18. INTERPRETATIONSUNTERSCHIEDE DER VORLIEGENDEN VEREINBARUNG**

Bei Interpretationsunterschieden hinsichtlich der vorliegenden Vereinbarung, ihrer Anlagen und Zusätze verpflichten sich die Vertragsparteien, eine Lösung zu finden. Bei Konfliktsituationen, die durch Interpretationsunterschiede der vorliegenden Vereinbarung entstehen, wird stets dem diesbezüglichen Beschluss des Sektoriellen Ausschusses für die Föderalbehörde (SAF) gefolgt.

Geschehen zu Brüssel am 30.08.2021 wobei jede Vertragspartei erklärt, dass sie ein Exemplar erhalten hat.

Für das Ministerium der  
Deutschsprachigen Gemeinschaft

Für die Generaldirektion Straßenverkehr  
und Verkehrssicherheit (*DGTRSR*)

Ralph BREUER  
Stellvertretender Generalsekretär

Martine INDOT  
Generaldirektorin  
Straßenverkehr und Verkehrssicherheit

Informatieveiligheidscomité  
kamer federale overheid

**BERAADSLAGING NR. 20/027 VAN 1 SEPTEMBER 2020 BETREFFENDE DE MEDEDELING VAN PERSOONSgegevens DOOR DE FOD MOBILITEIT (KRUIPUNTBANK VAN VOERTUIGEN) EN DE FOD ECONOMIE (KRUIPUNTBANK VAN ONDERNEMINGEN) AAN DE INSPECTIEDIENST VAN HET DEPARTEMENT TEWERKSTELLING VAN HET MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

Gelet op de wet van 15 augustus 2012 *houdende oprichting en organisatie van een federale dienstenintegrator*, in het bijzonder artikel 35/1, §1, 1<sup>ste</sup> lid;

Gelet op de wet van 3 december 2017 tot oprichting van de Gegevensbeschermingsautoriteit, in het bijzonder artikel 114;

Gelet op de wet van 5 september 2018 *tot oprichting van het informatieveiligheidscomité en tot wijziging van diverse wetten betreffende de uitvoering van verordening (EU) 2016/679 van 27 april 2016 van het Europees Parlement en de Raad betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens en betreffende het vrije verkeer van die gegevens en tot intrekking van richtlijn 95/46/EG*, in het bijzonder artikel 98;

Gelet op de aanvraag van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het rapport van de federale overheidsdienst Beleid en Ondersteuning;

Gelet op het verslag van de voorzitter.

**A. ONDERWERP VAN DE AANVRAAG**

1. Ingevolge een decreet van het Waals Gewest van 5 februari 1998<sup>1</sup>, een decreet van het Waalse Gewest van 6 mei 1999<sup>2</sup> en een decreet van de Duitstalige Gemeenschap van 10 mei 1999<sup>3</sup> oefent de Duitstalige Gemeenschap op het grondgebied van het Duitse taalgebied de bevoegdheden inzake tewerkstelling uit. Het Departement Tewerkstelling van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap staat aldus in voor de toepassing van de regelgeving inzake

---

<sup>1</sup> Decreet van het Waals Gewest van 5 februari 1998 houdende toezicht en controle op de naleving van de wetgeving betreffende het tewerkstellingsbeleid, *B.S.* 20 februari 1998.

<sup>2</sup> Decreet van het Waals Gewest van 6 mei 1999 betreffende de uitoefening door de Duitstalige Gemeenschap van de bevoegdheden van het Waalse Gewest inzake Tewerkstelling en Opgravingen, *B.S.* 3 juli 1999.

<sup>3</sup> Decreet van de Duitstalige Gemeenschap van 10 mei 1999 betreffende de uitoefening door de Duitstalige Gemeenschap van de bevoegdheden van het Waalse Gewest inzake tewerkstelling en opgravingen, *B.S.*



de tewerkstelling van buitenlandse werknemers (en in het bijzonder de toekenning van arbeidskaarten aan werknemers en arbeidsvergunningen aan werkgevers), de bestrijding van de werkloosheid, de opvolging van private plaatsingsagentschappen en de beroepskaart.

2. De werking, de opdrachten en de bevoegdheden van de Inspectiedienst van het Departement Tewerkstelling van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap (hierna “de Inspectiedienst”) zijn vergelijkbaar met die van de federale inspectiediensten. Daartoe kan onder meer worden verwezen naar de wet van 30 april 1999 *betreffende de tewerkstelling van buitenlandse werknemers* en het koninklijk besluit van 9 juni 1999 tot uitvoering van deze wet.
3. Voor het vervullen van zijn diverse opdrachten heeft de Inspectiedienst reeds toegang verkregen tot bepaalde persoonsgegevensbanken uit het netwerk van de sociale zekerheid (beraadslaging nr. 12/049 van 3 juli 2012 van het voormalig sectoraal comité van de sociale zekerheid en van de gezondheid). Het betreft meer bepaald het Rijksregister van de natuurlijke personen en de Kruispuntbankregisters, de DIMONA-persoonsgegevensbank en het personeelsbestand, de DMFA-persoonsgegevensbank, het werkgeversrepertorium en het LIMOSA-kadaster.
4. De Inspectiedienst verzoekt thans eveneens toegang tot bepaalde gegevens van de Kruispuntbank van Ondernemingen (FOD Economie) en de Kruispuntbank van Voertuigen (FOD Mobiliteit). De persoonsgegevens waarvan de mededeling wordt gevraagd zijn:
  - de identificatiegegevens van de persoon op wiens naam een bepaald voertuig is ingeschreven (Kruispuntbank van Voertuigen – FOD Mobiliteit);
  - ondernemingsgegevens, met inbegrip van identificatie, adres, juridische vorm, ondernemingsnummer, oprichtings- en beëindigingsdata, functies en ondernemingsmandaten (Kruispuntbank van Ondernemingen – FOD Economie).
5. De gegevens afkomstig van de Kruispuntbank van Ondernemingen moeten de Inspectiedienst in staat stellen om haar decretale opdracht inzake de aflevering van en controle op de beroepskaart voor personen uit het buitenland die een zelfstandige activiteit op het grondgebied van de Duitstalige Gemeenschap uitvoeren. De gegevens afkomstig van de Kruispuntbank van Voertuigen moeten de Inspectiedienst dan weer in staat stellen om haar decretale opdracht inzake de opsporen van sociale fraude, en meer bepaald de identificatie van potentiële overtreeders, uit te voeren.
6. De toegang tot de persoonsgegevens verloopt met tussenkomst van de Kruispuntbank van de Sociale Zekerheid (KSZ) via de webtoepassing Dolsis. De webtoepassing Dolsis werd specifiek ontwikkeld om authentieke bronnen te ontsluiten voor controle- en inspectiediensten van de gemeenschappen, gewesten en federale overheid. De modaliteiten van de toepassing Dolsis werden vastgesteld bij aanbeveling nr. 12/01 van 8 mei 2012 van het voormalig Sectoraal comité van de sociale zekerheid en van de gezondheid.

## **II. ONDERZOEK VAN DE AANVRAAG**

### **A. ONTVANKELIJKHEID EN BEVOEGDHEID VAN HET COMITE**

7. Krachtens artikel 35/1, §1, eerste lid van de wet van 15 augustus 2012 *houdende oprichting en organisatie van een federale dienstenintegrator* vergt de mededeling van persoonsgegevens door overheidsdiensten en openbare instellingen van de federale overheid aan andere derden dan instellingen van sociale zekerheid bedoeld in artikel 2, eerste lid, 2°, a), van de wet van 15 januari 1990 *houdende oprichting en organisatie van een Kruispuntbank van de sociale zekerheid*, een voorafgaande beraadslaging van de kamer federale overheid van het informatieveiligheidscomité voor zover de verwerkingsverantwoordelijken van de medelende instantie en de ontvangende instanties, in uitvoering van artikel 20 van de wet van 30 juli 2018 *betreffende de bescherming van natuurlijke personen met betrekking tot de verwerking van persoonsgegevens*, niet tot een akkoord komen over de mededeling of minstens één van de verwerkingsverantwoordelijken om een beraadslaging verzoekt.
8. Het Informatieveiligheidscomité stelt vast dat er geen protocol werd afgesloten tussen enerzijds de Inspectiedienst en anderzijds de FOD Mobiliteit en de FOD Economie en dat één van de betrokken partijen, de Inspectiedienst, een aanvraag tot toelating heeft ingediend. Het Informatieveiligheidscomité acht zich dan ook bevoegd om zich uit te spreken.

### **B. TEN GRONDE**

#### **B.1. VERANTWOORDINGSPLICHT**

9. Overeenkomstig artikel 5.2 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming<sup>4</sup> (hierna ‘AVG’ genoemd) zijn de FOD Economie en de FOD Mobiliteit (mededelende instanties) en de Inspectiedienst (ontvangende instantie) als verwerkingsverantwoordelijken verantwoordelijk voor het naleven van de beginselen van de AVG en moeten ze in staat zijn dit aan te tonen.
10. Het Comité wijst erop dat de verantwoordelijke voor de verwerking een register van de verwerkingsactiviteiten die onder zijn verantwoordelijkheid plaatsvinden, moet bijhouden overeenkomstig de voorwaarden opgenomen in artikel 30 AVG.

#### **B.2. RECHTMATIGHEID**

11. Overeenkomstig art. 5.1 a) AVG moeten persoonsgegevens worden verwerkt op een wijze die ten aanzien van de betrokkene rechtmatig is. Dit houdt in dat de beoogde verwerking een basis moet vinden in één van de rechtmatigheidsgronden vermeld in artikel 6 AVG.
12. Het Comité stelt vast dat de verwerking noodzakelijk is voor de vervulling van een taak van algemeen belang of van een taak in het kader van de uitoefening van het openbaar gezag dat aan de verwerkingsverantwoordelijke is opgedragen (art. 6.1 e) AVG).
13. De Inspectiedienst staat in uitvoering van voormeld decreet van het Waals Gewest van 5 februari 1998, voormeld decreet van het Waalse Gewest van 6 mei 1999 en voormeld decreet

---

<sup>4</sup> Verordening (EU) 2016/679 van het Europees Parlement en de Raad van 27 april 2016 betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens en betreffende het vrije verkeer van die gegevens en tot intrekking van Richtlijn 95/46/EG.

van de Duitstalige Gemeenschap van 10 mei 1999<sup>5</sup> in voor de toepassing van de regelgeving inzake de tewerkstelling van buitenlandse werknemers (en in het bijzonder de toekenning van arbeidskaarten aan werknemers en arbeidsvergunningen aan werkgevers), de bestrijding van de werkloosheid, de opvolging van private plaatsingsagentschappen en de beroepskaart.

14. Het informatieveiligheidscomité stelt dan ook vast dat de Inspectiedienst een taak van algemeen belang uitvoert.

### **B.3. DOELBINDING**

15. Artikel 5.1 b) AVG laat de verwerking van persoonsgegevens slechts toe voor welbepaalde, uitdrukkelijk omschreven en gerechtvaardigde doeleinden (principe van doelbinding).
16. De mededeling van persoonsgegevens uit de Kruispuntbank van Voertuigen (FOD Mobiliteit) heeft tot doel om de Inspectiedienst in staat te stellen de identiteit van een gecontroleerde persoon en de eventuele onregelmatigheid van diens toestand na te gaan.
17. De mededeling van persoonsgegevens uit de Kruispuntbank van Ondernemingen (FOD Economie) heet tot doel om de Inspectiedienst in staat te stellen na te gaan of een aanvrager van een beroepskaart eveneens functies uitoefent in een andere onderneming voor dewelke hij eveneens moet beschikken over een beroepskaart.
18. Gelet op het voorgaande, acht het Informatieveiligheidscomité de doeleinden van de beoogde verwerking van persoonsgegevens welbepaald, uitdrukkelijk omschreven en gerechtvaardigd.
19. Artikel 5.1 b) AVG stelt tevens dat persoonsgegevens niet verder mogen worden verwerkt op een met de oorspronkelijke doeleinden onverenigbare wijze. Om na te gaan of een doel van verdere verwerking verenigbaar is met het doel waarvoor de persoonsgegevens aanvankelijk zijn verzameld, moet de verwerkingsverantwoordelijke, nadat hij aan alle voorschriften inzake rechtmatigheid van de oorspronkelijke verwerking heeft voldaan, onder meer rekening houden met: een eventuele koppeling tussen die doeleinden en de doeleinden van de voorgenomen verdere verwerking; het kader waarin de gegevens zijn verzameld; met name de redelijke verwachtingen van de betrokkenen op basis van hun verhouding met de verwerkingsverantwoordelijke betreffende het verdere gebruik ervan; de aard van de persoonsgegevens; de gevolgen van de voorgenomen verdere verwerking voor de betrokkenen; en passende waarborgen bij zowel de oorspronkelijke als de voorgenomen verdere verwerkingen.<sup>6</sup>
20. De gegevens van de Kruispuntbank van de Voertuigen werden oorspronkelijk overeenkomstig de bepalingen van de wet van 19 mei 2010 *houdende oprichting van de Kruispuntbank van de voertuigen* ingezameld. De mededeling van de gegevens aan derden werd uitdrukkelijk voorzien, doch vereist overeenkomstig art. 18, §1, van voormelde wet van 19 mei 2010 de voorafgaandelijke machtiging van het sectoraal comité, thans het Informatieveiligheidscomité.

---

<sup>5</sup> Decreet van de Duitstalige Gemeenschap van 10 mei 1999 betreffende de uitoefening door de Duitstalige Gemeenschap van de bevoegdheden van het Waalse Gewest inzake tewerkstelling en opgravingen, *B.S.*

<sup>6</sup> Overweging 50 van de AVG.

21. De gegevens van de Kruispuntbank van Ondernemingen werden oorspronkelijk overeenkomstig de bepalingen van het Wetboek van economisch recht ingezameld. De mededeling van de gegevens van de Kruispuntbank van Ondernemingen vermeld in artikel III.29 van het Wetboek van economisch recht aan overheden, besturen, diensten of andere instanties vereist in principe zelfs géén voorafgaandelijke machtiging voor zover die gegevens noodzakelijk zijn voor de uitvoering van hun wettelijke of reglementaire opdrachten. De mededeling van andere gegevens dan die vermeld in artikel III.29 van het Wetboek van economisch recht is overeenkomstig artikel III.30 mogelijk, mits voorafgaande machtiging van het Toezichtcomité, thans het Informatieveiligheidscomité.
22. Art. 5 van het decreet van het Waals Gewest van 5 februari 1998 *houdende toezicht en controle op de naleving van de wetgeving betreffende het tewerkstellingsbeleid* bepaalt dat alle Rijksdiensten, met inbegrip van de parketten en griffies van de hoven en van alle rechtscolleges, en diensten van de Gemeenschappen, Gewesten, provincies, gemeenten, verenigingen waarvan ze deel uitmaken, openbare instellingen die ervan afhangen, alsook van alle openbare instellingen en medewerkende instellingen voor sociale zekerheid, de sociale inspecteurs op hun verzoek alle gegevens verstrekken die ze nuttig achten voor de controle op de naleving van de wetgevingen waarmee ze belast worden, alsook hen alle informatiedragers ter inzage overleggen en afschriften daarvan bezorgen.
23. Gelet op het voorgaande, stelt het Informatieveiligheidscomité vast dat er een voldoende koppeling is tussen de doeleinden van de oorspronkelijke inzameling en de doeleinden van de voorgenomen verdere verwerking. Het Informatieveiligheidscomité is dan ook van oordeel dat het doel van de verdere verwerking verenigbaar is met het doel waarvoor de persoonsgegevens aanvankelijk zijn verzameld

## **B.4. PROPORTIONALITEIT**

### **B.4.1. Minimale gegevensverwerking**

19. Artikel 5.1 c) AVG stelt dat persoonsgegevens ter zake dienend en beperkt tot wat noodzakelijk is voor de doeleinden waarvoor zij worden verwerkt, moeten zijn (“minimale gegevensverwerking”).
20. De persoonsgegevens waarvan de mededeling wordt gevraagd zijn, wat de Kruispuntbank van Ondernemingen betreft:
- in het kader van de opzoeking van een onderneming: benaming, adres (postcode, straat, nummer, INS code), statuut onderneming, type onderneming, type entiteit, juridische form
  - in het kader van de opzoeking van een vestigingseenheid: type entiteit (= ondernemingseenheid), benaming, adres (postcode, straat, nummer, INS code) juridische vorm
  - in het kader van de opzoeking van de details van een vestigingseenheid: KBO-nummer van de vestigingseenheid, begindatum en einddatum
  - in het kader van de opzoeking van de functies en hoedanigheid binnen de onderneming van een persoon: het identificatienummer van de sociale zekerheid

21. De aanvrager stelt dat de Duitstalige gemeenschap sinds 1 januari 2016 bevoegd is voor de afgifte en de controle van de beroepskaart voor inwoners van een ander land die een zelfstandige activiteit uitoefenen op het grondgebied van de Duitstalige Gemeenschap. Afgezien van de gegevens die publiekelijk toegankelijk zijn, laat de opzoeking van alle functies van een inwoner van een ander land toe om te verifiëren of een persoon eveneens een functie in een andere onderneming uitoefent voor dewelke hij eveneens over een beroepskaart zou moeten beschikken.
22. Wat de Kruispuntbank van de Voertuigen betreft, wenst de Inspectiedienst de identiteit (INSZ) van de persoon op wiens naam een voertuig is ingeschreven te bekomen. Deze opzoeking gebeurt aan de hand van de nummerplaat van het voertuig in kwestie.
23. De aanvrager wijst er op dat tijdens inspecties op het terrein, het regelmatig voorkomt dat de personen die ter plaatse worden aangetroffen te voet of met de wagen vluchten wanneer ze de inspectiediensten zien arriveren. Deze vlucht is een belangrijke aanwijzing van zwartwerk of sociale fraude. Indien een inspecteur kennis heeft kunnen nemen van de nummerplaat van de wagen waarmee de betrokkene is gevlucht, is de consultatie van de Kruispuntbank van de Voertuigen een noodzakelijk middel om de betrokkene te identificeren en om een proces-verbaal op te stellen indien de betrokkene in voorkomend geval op frauduleuze wijze sociale bijstand zou ontvangen.
24. Gelet op de beschreven argumentatie en de reglementaire opdrachten van de Inspectiedienst, acht het Informatieveiligheidscomité de beschreven persoonsgegevens ter zake dienend en beperkt tot wat noodzakelijk is voor de doeleinden waarvoor zij worden verwerkt moeten zijn.

#### **B.4.2. Opslagbeperking**

25. Aangaande de bewaringstermijn herinnert het Comité er aan dat persoonsgegevens niet langer mogen worden bewaard in een vorm die het mogelijk maakt de betrokkenen te identificeren dan voor de doeleinden waarvoor de persoonsgegevens worden verwerkt noodzakelijk is. De persoonsgegevens afkomstig van de Kruispuntbank van Ondernemingen en van de Kruispuntbank van de Voertuigen vormen na ontvangst door de Inspectiedienst deel van inspectiedossier en moeten overeenkomstig de toepasselijke regelgeving voor eenzelfde termijn en dezelfde voorwaarden worden bewaard.

#### **B.5. TRANSPARANTIE**

25. Overeenkomstig art. 14 AVG dient de verwerkingsverantwoordelijke bepaalde informatie betreffende de verwerking van persoonsgegevens die niet bij de betrokkene worden verkregen, aan de betrokkene te verstrekken. Deze informatie is niet noodzakelijk indien het verkrijgen of verstrekken van de gegevens uitdrukkelijk is voorgeschreven bij Unie- of lidstatelijk recht dat op de verwerkingsverantwoordelijke van toepassing is en dat recht voorziet in passende maatregelen om de gerechtvaardigde belangen van de betrokkene te beschermen (art. 14, 5°, AVG), zoals *in casu* het geval is:
  - voor de FOD Economie: art. III.29 en art. III.30 van het Wetboek van Economisch Recht;
  - voor de FOD Mobiliteit: art. 18, §1, van de wet van 19 mei 2010 houdende oprichting van de Kruispuntbank van de voertuigen

- voor de Inspectiedienst: art. 5 van het decreet van het Waals Gewest van 5 februari 1998 houdende toezicht en controle op de naleving van de wetgeving betreffende het tewerkstellingsbeleid.

26. Het Informatieveiligheidscomité stelt vast dat de diverse hogervermelde regelgeving effectief in passende maatregelen voorziet om de gerechtvaardigde belangen van de betrokkene te beschermen.

## B.6. BEVEILIGING

27. Persoonsgegevens moeten door het nemen van passende technische of organisatorische maatregelen op een dusdanige manier worden verwerkt dat een passende beveiliging ervan gewaarborgd is, en dat zij onder meer beschermd zijn tegen ongeoorloofde of onrechtmatige verwerking en tegen onopzettelijk verlies, vernietiging of beschadiging („integriteit en vertrouwelijkheid”).
28. De beoogde mededeling zal verlopen door middel van de DOLSIS webapplicatie van de Kruispuntbank van de Sociale Zekerheid. De aanvrager dient dan ook te voldoen aan de veiligheidsmaatregelen vervat in de aanbeveling nr. 12/01 van 8 mei 2012 van het voormalig sectoraal comité van de sociale zekerheid en van de gezondheid met betrekking tot de webtoepassing DOLSIS. De betrokken inspectiedienst kan worden beschouwd als een “inspectiedienst” in de zin van deze aanbeveling.
29. Het Informatieveiligheidscomité mocht vanwege de aanvrager en overzicht ontvangen van de veiligheidsvoorwaarden die worden getroffen op het niveau van de Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, waarin het bevestigt te beschikken over een functionaris voor de gegevensbescherming en afdoende technische en organisatorische maatregelen te treffen op de verschillende domeinen van de informatieveiligheid. De aanvrager bevestigt dat alle personen die toegang zullen hebben tot de betreffende persoonsgegevens verbonden zijn aan een confidentialiteitsverplichting op grond van een wettelijke bepaling.
30. Het Comité wijst erop dat artikel 35 AVG in bepaalde gevallen vereist dat de verwerkingsverantwoordelijke vóór de verwerking een beoordeling uitvoert van het effect van de beoogde verwerkingsactiviteiten op de bescherming van persoonsgegevens. Het Comité verwijst hieromtrent naar de ‘Richtsnoren voor gegevensbeschermingseffectbeoordelingen en bepaling of een verwerking "waarschijnlijk een hoog risico inhoudt" in de zin van Verordening 2016/679’ van de Groep Gegevensbescherming Artikel 29<sup>7</sup> en de aanbeveling uit eigen beweging nr. 01/2018 van 28 februari 2018 van de Commissie voor de bescherming van de persoonlijke levenssfeer met betrekking tot de gegevensbeschermingseffectbeoordeling en voorafgaande raadpleging<sup>8</sup>.
31. Indien uit deze beoordeling zou blijken dat bijkomende maatregelen moeten worden getroffen, dienen de betrokken partijen op eigen initiatief een aanvraag tot wijziging van onderhavige beraadslaging in. De mededeling van persoonsgegevens mag in voorkomend geval niet plaatsvinden totdat de vereiste toelating van het Comité is bekomen. Indien uit de gegevensbeschermingseffectbeoordeling zou blijken dat er een hoog residuair risico is, dient

<sup>7</sup> [https://ec.europa.eu/newsroom/article29/item-detail.cfm?item\\_id=611236](https://ec.europa.eu/newsroom/article29/item-detail.cfm?item_id=611236)

<sup>8</sup> [www.adp-gba.be](http://www.adp-gba.be)

de aanvrager de beoogde gegevensverwerking voor te leggen aan de Gegevensbeschermingsautoriteit, overeenkomst art. 36.1 AVG.

Om deze redenen besluit

**de kamer federale overheid van het informatieveiligheidscomité**

dat de mededeling van persoonsgegevens door de FOD Mobiliteit en de FOD Economie aan de Inspectiedienst van het Departement Tewerkstelling van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap is toegestaan mits wordt voldaan aan de in deze beraadslaging vastgestelde maatregelen ter waarborging van de gegevensbescherming, in het bijzonder de maatregelen op het vlak van doelbinding, minimale gegevensverwerking, opslagbeperking en informatieveiligheid.

Het Informatieveiligheidscomité wijst erop dat de verwerkingsverantwoordelijken gehouden zijn om in voorkomend geval een gegevensbeschermingseffectbeoordeling uit te voeren. Als uit die beoordeling zou blijken dat bijkomende maatregelen moeten worden getroffen om de rechten en vrijheden van de betrokkenen te vrijwaren, dan zijn de partijen ertoe gehouden om de gewijzigde modaliteiten van de gegevensverwerking ter beraadslaging aan het Informatieveiligheidscomité voor te leggen.

M. SALMON  
voorzitster

De zetel van de kamer federale overheid van het Informatieveiligheidscomité is gevestigd in de kantoren van de FOD Beleid en Ondersteuning, op volgend adres: Simon Bolivarlaan 30, 1000 Brussel.
---